

Nachhaltigkeit global

—
Bericht aus Polen

Noch zählt der Kohlesektor in Deutschlands größtem östlichem Nachbarstaat zu einem der wichtigsten Wirtschaftszweige des Landes. So gehört Polen zu den Top Ten der Kohleförderländer weltweit. Kohle findet insbesondere in der Energiewirtschaft Verwendung. Über siebzig Prozent des polnischen Stroms wird aus Kohlekraft gewonnen. Allein das Kraftwerk Bełchatów, zweitgrößtes Kohlekraftwerk der Welt, versorgt zwanzig Prozent der polnischen Haushalte mit Elektrizität. Dennoch fiel der Kohleanteil in den letzten Jahren deutlich. Vor zehn Jahren wurden noch über neunzig Prozent des Stroms aus dem „schwarzen Gold“ gewonnen.

Die polnische Regierung will den Anteil der Kohle an der Energiegewinnung mittel- bis langfristig senken. Laut einem im September 2020 vorgestellten Strategiepapier zur Energiepolitik (*Polityka energetyczna Polski do 2040 r.*, PEP2040) soll der Kohleanteil bis 2030 auf 56 Prozent sowie bis 2040 auf achtzehn Prozent sinken. Bis 2049 sollen die letzten Schächte und Tagebauanlagen geschlossen werden. Im Vergleich zu den anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) liegt Polen damit weit hinten, würde jedoch unmittelbar vor dem Jahr 2050, in dem die Europäische Union die Klimaneutralität erreicht haben will, den Ausstieg aus der Kohle vollziehen.

Der Rückzug aus der Kohle ist ein bereits länger anhaltender Trend. Seit vierzig Jahren sinkt die Fördermenge in Polen kontinuierlich. Lag die Steinkohleförderung zu Beginn der 1980er-Jahre noch bei 200 Millionen Tonnen jährlich, ist sie seither auf ein Viertel dieses Wertes gefallen. Für den Zeitraum von Januar bis November 2020 sank der Braunkohleabbau erneut um 8,7 Prozent und der Steinkohleabbau um 11,9 Prozent.

Trotz dieses Rückgangs hatte die polnische Regierung zunächst auf dem Erhalt des Kohlesektors bestanden. Sie tat dies insbesondere mit Rücksicht auf die 80.000 Beschäftigten in diesem Wirtschaftszweig sowie auf die ungefähr 500.000 Beschäftigten im weiteren Umfeld dieses Sektors. „Kohle bleibt für uns eine zentrale Form der Energiegewinnung“, versicherte auch Ministerpräsident Mateusz Morawiecki bei seiner Antrittsrede 2017. Noch im Präsidentschaftswahlkampf 2020 hatte Präsident Andrzej Duda mit sicheren Arbeitsplätzen für die Bergleute geworben.

Ökonomische sowie ökologische Gründe haben in den letzten Monaten zu einem Umdenken in der polnischen Regierung geführt. Polens Klimaminister Michał Kurtyka verlautbarte Ende Juni 2020, dass ihn die gegenwärtige Pandemie in der Überzeugung bestärkt habe, dass der Weg der Transformation hin zu niedrigen und Netto-null-Emissionen absolut richtig sei. Polen unterstütze Brüssels Bestrebungen, bis 2050 eine Klimaneutralität in der Europäischen Union zu erreichen. Allerdings, so schränkte Kurtyka ein, hänge dies von der „Verfügbarkeit der Mittel für die Energieumwandlung, der gesellschaftlichen Akzeptanz und der Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie ab“.

Tatsächlich ist das vom Klimaminister genannte ökologische Argument ein wichtiges. Insbesondere die Luftverschmutzung ist in Polen ein Problem. Unter den fünfzig Städten mit der schlechtesten Luftqualität in der Europäischen Union liegen 33 Städte in Polen. Nach Angaben der Europäischen Umweltagentur sterben hier jedes Jahr 45.700 Menschen vorzeitig an den Folgen der Luftverschmutzung.

Trotz dieser Problematik und der EU-Klimapolitik muss darin nicht der Hauptgrund für den Kohleausstieg in Polen gesehen werden. Als

Beschleunigungsfaktor erweist sich insbesondere die anhaltende Pandemie. „Die Coronakrise wird riesige Summen kosten. Aus Sicht der Staatsfinanzen können wir den Abbau von Kohle nicht länger finanzieren“, erklärte unlängst ein anonymes Regierungsmitglied gegenüber der Nachrichtenagentur *Reuters*.

Das ökonomische Argument erwächst nicht aus der Krise. So zeigte sich in den letzten Jahren, dass die Konkurrenzfähigkeit polnischer Kohle auf dem Weltmarkt stetig abnimmt. Die Gründe hierfür sind vielfältig: Zum einen ist die polnische Kohle – insbesondere wegen ihres hohen Aschegehalts – von geringerer Qualität als die Konkurrenzprodukte aus Russland, Australien oder Kolumbien. Auch weist sie einen geringen Heizwert auf. Je höher dieser ist, desto geringer die Emissionen, was einen wichtigen Kostenfaktor darstellt.

Auf die Konkurrenzfähigkeit wirkt sich ebenfalls die Lage der Kohleflöze aus: Steinkohle ist meist erst in Tiefen von 700 bis zu 1.300 Metern zu finden. Dies hat zur Folge, dass polnische Bergarbeiter pro Jahr statistisch weniger Tonnen Kohle fördern als die ausländische Konkurrenz. Im Vergleich kostet russische Kohle nur ungefähr ein Drittel des polnischen Preises. Unterboten wird die russische Kohle noch von Kohle aus Kolumbien und Südafrika. Inzwischen hat sich die polnische Kohleförderung zum Verlustgeschäft entwickelt. Der Kohlesektor fuhr in den letzten Jahren zum Teil immense Verluste, teils in dreistelliger Millionenhöhe, ein.

Aufgrund der großen Konkurrenz aus dem Ausland hatten Gewerkschafter unlängst einen Importstopp für Kohle aus dem Ausland gefordert. Die polnische Regierung griff diese Forderung auf und verbot den Kauf ausländischer Kohle durch die zahlreichen staatlichen Betriebe. Dies trifft insbesondere auf den größten Energiekonzern *Polska Grupa Energetyczna* (Polnische Energiegruppe, PGE) zu, dessen Anteilseigner mehrheitlich der Staat ist.

Trotz des hauptsächlich aus der Unwirtschaftlichkeit der Kohle resultierenden Ausstiegs dauert die Diskussion um den Bau neuer Tagebauanlagen und Gruben in Polen an. In Schlesien scheiterte die PGE unlängst mit dem Versuch, ein neues Vorkommen zu erschließen. In Złoczew (südwestlich von Łódź) tobt derzeit ein Rechtsstreit um einen neuen Tagebau. Große Aufmerksamkeit erlangten zuletzt tschechische Proteste gegen den sich in Grenznähe befindenden Braunkohletagebau Turów, gegen dessen Ausbau Prag vor dem Europäischen Gerichtshof klagen will. Gleichzeitig wurden die Bauarbeiten an einem Kohlekraftwerk in Ostrołęka gestoppt, was zu einer staatlichen Fehlinvestition von mindestens 280 Millionen Euro geführt hat.

Polen steht mit Blick auf seinen Kohlesektor in den nächsten drei Jahrzehnten vor immensen Herausforderungen, Diskussionen und Kompromissen. Zwar scheint der Kohleausstieg in Polen politisch und

gesellschaftlich mittlerweile gewollt, jedoch wird er eine tiefgreifende Energiewende zur Folge haben. Warschau hat damit einen Wandel weg von der Kohle hin zu erneuerbaren Energien, jedoch auch zur Kernkraft eingeläutet. Insbesondere die Kernkraft wird in Polen als eine Möglichkeit erachtet, die Energiegewinnung aus Kohle zu ersetzen. Planungen für ein erstes Atomkraftwerk in Pommern nehmen derzeit konkrete Gestalt an. Für die polnischen Konsumenten wird sich diese Energiewende insbesondere im Strompreis niederschlagen. So soll dieser, bedingt durch den Strukturwandel, mindestens bis 2030 steigen.

David Gregosz

*Leiter des Auslandsbüros Polen der Konrad-Adenauer-Stiftung
mit Sitz in Warschau*

Finnlands sind von urbanen Industrie- und Wissenschaftszentren wie Tromsø, Kiruna und Rovaniemi geprägt. Nachhaltige Strategien sind somit in allen Bereichen gefragt. Dabei geht es ebenso um gute Unternehmens- und Regierungsführung wie um Umweltfragen in einer sensiblen ökologischen Zone sowie um die sozialen Belange der Menschen.

Das arktische Meereis spielt nicht nur eine wichtige Rolle im globalen Klimasystem, es ist auch seit Jahrhunderten Bestandteil des Lebens der indigenen Gesellschaften wie der Inuit als Fischer und Jäger und der Sami als Rentierzüchter. Eine nachhaltige Entwicklung schließt damit den Erhalt und Schutz des kulturellen Erbes und Lebensraums der indigenen Völker ein. Der besonders geschützte Status der Sami als Rentierherdenhalter gerät in Nordschweden einerseits immer wieder in Konflikt mit den Interessen der Bergbauindustrie, wenn Letztere mit ihren wirtschaftlichen Aktivitäten in Gebiete expandieren wollen, die traditionelles Weideland der Rentierherden sind.

Andererseits wird die Bergbauindustrie in diesen Breitengraden als wichtiger Wirtschaftsfaktor für eine nachhaltige Entwicklung der Region erachtet, da sie Arbeitsplätze und Wohlstand schafft. Seit 2014 werden große Anstrengungen unternommen, um einen Teil der Stadt Kiruna umzusiedeln und an anderer Stelle wiederaufzubauen, da unter dem alten Stadtkern reiche Vorkommen an Eisenerz vermutet werden. Eine nachhaltige Vorgehensweise bedeutet wie im Fall Kiruna, dass die Einkommen, die in der Region generiert werden, auch dort bleiben sollen, damit die wirtschaftlich aktive Bevölkerung in der Kommune gehalten wird und die Region konkurrenzfähig bleibt.

Die wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere die Ausbeutung von Bodenschätzen, die durch längere und wärmere Sommerperioden begünstigt wird, bestimmen und steuern die jeweiligen Kommunen und Provinzen (im Fall Grönlands die autonome Regierung). Es handelt sich also nicht um unkontrollierbare Dynamiken.

Aus politischer Perspektive ist der 1996 gegründete Arktische Rat, dem die acht Arktisstaaten Dänemark (mit Grönland), Kanada, Norwegen, die Russische Föderation, die USA, Island, Schweden und Finnland angehören, die bedeutendste zwischenstaatliche Institution zur Steuerung einer nachhaltigen Entwicklung in der Arktis. Ziel des Arktischen Rates ist gleichermaßen der Erhalt der einzigartigen Lebensräume sowie die umweltverträgliche wirtschaftliche Ausbeutung der Bodenschätze. Bislang wird die Zusammenarbeit im Arktischen Rat als vertrauensvoll und konstruktiv beschrieben.

Deutschland, das im August 2019 die „Leitlinien deutscher Arktispolitik“ veröffentlichte, hat Beobachterstatus im Arktischen Rat. Neben Umwelt- und Klimaschutz geht es in den Leitlinien besonders um die Forschung. In der Polarforschung nimmt Deutschland eine Spitzenposition

ein, wie das internationale Projekt der Expedition MOSAiC (*Multidisciplinary drifting Observatory for the Study of Arctic Climate*, Multidiziplinäres Driftobservatorium zur Untersuchung des Arktisklimas) unter Leitung des Alfred-Wegener-Instituts 2020 bewiesen hat. Das Forschungsschiff „Polarstern“ bewegte sich ein Jahr lang in der arktischen Eisdrift und stand damit in der Tradition der Expedition des norwegischen Polarforschers Fridtjof Nansen vor über einhundert Jahren.

Die Regierungen der nordischen Länder arbeiten nicht nur im Arktischen Rat, sondern auch im Nordischen Ministerrat, im Nordischen Rat sowie im Barents-Euro-Rat in Fragen, die die Arktis betreffen, zusammen. Der Fokus liegt auf der Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in den arktischen Gebieten der nordischen Länder. Entsprechend sind die Gesundheitsversorgung, soziale Fragen und Bildung, die arktische Umwelt und Natur, Klima sowie eine nachhaltige und grüne wirtschaftliche Entwicklung Arbeitsschwerpunkte.

Ziel der Zusammenarbeit ist es, den Norden „grün, konkurrenzfähig und sozial nachhaltig“ zu gestalten. In den nordischen Ländern steigt generell das Bewusstsein, dass die Zusammenarbeit und Koordination verbessert und ausgebaut werden muss, um als relevante und gewichtige Stimme wahrgenommen zu werden. Dies gilt umso mehr für die Arktis angesichts des seit einigen Jahren rauer werdenden sicherheits- und geopolitischen Klimas. Die gestiegenen globalen Großmachtrivalitäten zwischen den USA und China sowie Russland werden zunehmend auch in die Arktis hineingetragen. Russland hat seine militärische Präsenz in der Region seit einem Jahrzehnt sukzessive erhöht.

Bei einem Treffen der fünf nordischen Regierungschefs in Reykjavik im August 2019 wurde auch Deutschland einbezogen und eine Plattform für einen noch engeren Austausch und die Zusammenarbeit zwischen den sechs Ländern geschaffen, insbesondere in Fragen der Nachhaltigkeit. Die Regierungschefs von Island, Norwegen, Dänemark, Schweden und Finnland beschlossen bei diesem Treffen, die nordischen Länder bis 2030 zur nachhaltigsten Region der Welt zu entwickeln.

Finnland strebt die Klimaneutralität bis 2035 an und will die weltweit erste fossilfreie Wohlfahrtsgesellschaft werden. Die finnische Regierung plant, ihre Maßnahmen zur Emissionsreduzierung massiv zu beschleunigen. Um dieses ambitionierte Ziel zu erreichen, setzt Finnland – wie auch Schweden – weiter auf die Nutzung der Kernenergie neben dem Ausbau erneuerbarer Energien bei gleichzeitiger Reduzierung fossiler Energieträger. Zu Finnlands nachhaltiger und ökologischer Politik trägt die Kernenergie mit einem Drittel des in Finnland erzeugten Stroms bei.

Für Norwegen hat die Arktis durch eine gemeinsame Grenze mit Russland eine wichtige außenpolitische Bedeutung. Norwegen spricht

sich deshalb klar für ein größeres Engagement der NATO in der Arktis aus. Innen- und wirtschaftspolitisch schließen sich die Förderung der arktischen Ressourcen sowie der Schutz der Arktis nicht aus. Zu Norwegens Prioritäten gehören eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung mit Öl- und Gasgewinnung, Fischerei, Schifffahrt und Tourismus.

Um eine langfristige verantwortungsvolle und ausgewogene Entwicklung in der Arktis zu ermöglichen, ist es entscheidend, dass sich alle beteiligten und interessierten Akteure – sowohl innerhalb als auch außerhalb der Arktis – in einem ständigen Dialog und Informationsaustausch befinden. Dies sollte zu einem differenzierten Verständnis der Region führen.

Gabriele Baumann

Leiterin des Regionalprogramms Nordische Länder der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Stockholm (Schweden).

Indien ist eines der größten Entwicklungsländer der Welt und besitzt nach China mit 1,37 Milliarden Menschen die zweithöchste Einwohnerzahl. Bis 2030 wird Indien China voraussichtlich überholt haben; dann leben in Indien zwanzig Prozent der Weltbevölkerung. Laut *NITI Aayog*, der Nationalen Institution für die Transformation Indiens, ist es gelungen, „die Inzidenz mehrdimensionaler Armut zu halbieren und 271 Millionen Menschen aus den am stärksten gefährdeten Teilen der Gesellschaft aus der Armut zu befreien“. Millionen Arme müssen jedoch weiterhin mit weniger als zwei US-Dollar pro Tag auskommen.

Die Corona-Pandemie hat das Land hart getroffen. Mit nahezu 400.000 bekannten täglichen Neuinfektionen und rund 3.500 gemeldeten Todesfällen täglich (es ist jeweils von einer sehr hohen Dunkelziffer auszugehen) sowie rund 3,5 Millionen aktiv Infizierten ist das indische Gesundheitssystem Anfang Mai 2021 am Rande des Zusammenbruchs angelangt. Die Millionenmetropolen sowie teilweise komplette Staaten Indiens befinden sich im mehrwöchigen Lockdown. Die Folgen dieser Pandemie werden nicht nur das Wirtschaftswachstum, sondern auch die Bemühungen um Nachhaltigkeit und soziale Fortschritte bremsen. Umso mehr steht Indien vor großen Herausforderungen. Genannt seien etwa soziale Verschiebungen und damit einhergehende Änderungen des Lebensstils und die massiven Umweltprobleme vielerorts. Die wirtschafts- und umweltpolitischen Entscheidungen, die das Land künftig trifft, werden fraglos globale Auswirkungen haben.

Indiens wachsende Infrastruktur lässt die weltweite Nachfrage nach Baustoffen, etwa Zement und Stahl, deren Produktion sehr energieintensiv

ist, steigen. Das Land verfügt über vielfältige Ressourcen und ein großes Reservoir an Arbeitskräften, und es sondiert derzeit die Möglichkeiten, in direkter Konkurrenz zu China den weltweiten Bedarf an Rohstoffen zu bedienen. Indiens Umgang mit seinen Ressourcen wird die Angebotsseite der Industrie weiter befeuern und ist unter nachhaltigen Gesichtspunkten herausfordernd.

Laut *India Energy Outlook 2021* hat sich der Energieverbrauch im Land seit 2000 verdoppelt, wobei Kohle, Öl und feste Biomasse achtzig Prozent des Bedarfs decken. Der Energieverbrauch und die Emissionen pro Kopf betragen allerdings weniger als die Hälfte des weltweiten Durchschnitts. Das gilt derzeit auch noch für andere Schlüsselindikatoren, wie Fahrzeugbesitz oder die Stahl- und Zementproduktion. Trotz steigenden Energieverbrauchs liegen die Pro-Kopf-Treibhausgasemissionen Indiens unter dem G20-Durchschnitt und werden ihn auch in naher Zukunft noch unterschreiten.

Nicht unproblematisch ist, dass Indiens Wachstum noch auf fossilen Brennstoffen basiert. Der Kohleverbrauch steigt, und die Städte sind einer erheblichen Umweltverschmutzung ausgesetzt – besonders spürbar ist das in Großstädten wie Neu-Delhi oder Mumbai. Indien lag zwischenzeitlich auf Platz drei der Länder mit den höchsten CO₂-Emissionen.

Indien hat jedoch erhebliche Fortschritte bei der Einführung umweltfreundlicher Technologien vorzuweisen. In seiner Rede anlässlich des G20-Gipfels 2015 formulierte Premierminister Narendra Modi das ambitionierte Vorhaben, wie Indien auf nationaler Ebene die von den Vereinten Nationen vereinbarten Ziele für nachhaltige Entwicklung zu erreichen plant – nicht ohne die künftige globale Rolle seines Landes insgesamt zu skizzieren. Modi versprach, bis 2022 eine zusätzliche Kapazität von 175 Gigawatt erneuerbarer Energien zu schaffen, die Subventionen für fossile Brennstoffe zu kürzen, eine Steuer auf Kohle zu erheben und einen *National Clean Energy Fund* in Höhe von drei Milliarden US-Dollar zur Förderung sauberer Technologien einzurichten.

Den Beschlüssen des Pariser Klimaabkommens folgend, hat Indien ehrgeizige Klimaziele. Bis 2030 will es den Anteil von Wind- und Solarenergie, Biomasse, Wasserkraft, aber auch Kernenergie an der gesamten Stromerzeugung auf vierzig Prozent steigern. Gleichzeitig soll der CO₂-Ausstoß um mindestens 25 Prozent gesenkt werden. Angestrebt werden 450 Gigawatt erneuerbare Energien. Die Frage der Realisierbarkeit wird zu Recht diskutiert; dennoch ist diesem ernst gemeinten Bestreben Anerkennung zu zollen.

Indien engagiert sich auch im Rahmen der G20 für Nachhaltigkeit und die Bewältigung der Folgen des Klimawandels. Eines der wichtigsten Ergebnisse war die Gründung der *International Solar Alliance* (ISA), in der die Konrad-Adenauer-Stiftung einen Beobachterstatus innehat. Die ISA

wurde 2015 von Premierminister Modi und dem damaligen französischen Präsidenten François Hollande auf den Weg gebracht. Ihre Gründung war eine der ersten weltweiten Initiativen Indiens.

Die ISA hat sich zu einer Durchführungsorganisation entwickelt, die sich vornehmlich mit dem beschleunigten Einsatz von Solartechnik befasst. War die Mitgliedschaft zunächst auf Länder im Tropengürtel der Erde beschränkt, ist die Allianz seit der Änderung der Rahmenvereinbarung 2018 zur Universalisierung der Mitgliedschaft enorm gewachsen. 2020 hatten bereits neunzig Länder das ISA-Rahmenabkommen unterzeichnet.

Obgleich Indien kein bedeutender Hersteller oder Technologieriese auf dem Gebiet der Solarenergie ist, hat es sich eine Führungsposition in der ISA erarbeitet. Indien setzt auf Sonnenergie. So beabsichtigt das Land, seinen Landwirten etwa 1,7 Millionen Solarpumpen zur Verfügung zu stellen. Indiens Bestreben, den Ausbau der Solarenergie voranzutreiben und praktisch umsetzbare Lösungen für Entwicklungsländer bereitzustellen, wird weltweit anerkannt.

Eine von Indiens Schlüsselinitiativen ist das Programm *One Sun, One World, One Grid* (OSOWOG, „eine Sonne, eine Welt, ein Stromnetz“). Es wird häufig mit der chinesischen Seidenstraßeninitiative verglichen, doch konzentriert es sich vorrangig auf die Förderung und Gewährleistung des Zugangs zu Solarenergie. Geplant ist ein globaler Konsens über die Aufteilung der Solarressourcen.

Die genannten Initiativen belegen Indiens wachsende Rolle im globalen Wettbewerb um mehr Nachhaltigkeit. Das Land ist nicht mehr nur Anwender von Normen, sondern es setzt sie inzwischen selbst. Indiens zunehmende Präsenz im globalen Nachhaltigkeitsdiskurs ist auch Ausdruck dafür, dass man neue Wege beschreiten, neue Initiativen entwickeln will und bereit ist, herausfordernde Aufgaben zu übernehmen. Indien hat seine globale Statur und seine bilateralen oder multilateralen Beziehungen immer auf seiner umfassenden *Soft Power* aufgebaut. Indiens Führungsposition in der ISA stärkt zudem das Vertrauen anderer Entwicklungsländer, mutige Initiativen zu ergreifen. Obwohl das Land vor einer Reihe von Herausforderungen steht, präferiert es umweltfreundliche und nachhaltige Lösungen, die erhebliche Finanzmittel und Kapazitäten erfordern werden.

In den letzten zehn Jahren hat sich Indien zu einer starken Stimme im globalen Klimadialog entwickelt. Indien ist zu einem Land geworden, das herausfordernde und komplexe Initiativen ergreift und darauf hinarbeitet, diese umzusetzen – langsam, stetig und mit erstaunlichen Ergebnissen.

Peter Rimmele

*Leiter des Auslandsbüros Indien der Konrad-Adenauer-Stiftung
mit Sitz in Neu-Delhi*